

Cornelia Schmergal | Berlin

Janz weit draußen



Warum nur Urlaub machen, wenn man auch länger im Ausland bleiben kann? Gewerkschafter schweifen gern in die Ferne – am liebsten als Sozialattaché.

S o richtig weit fort zieht es die Kabinettsmitglieder in diesem Urlaub nicht. Bundeskanzlerin Angela Merkel führt ihren Gatten zum Kurztrip nach Bayreuth aus, Wirtschaftsminister Rainer Brüderle trainiert seinen Mittelstandsbauch im Bodensee ab, und Finanzminister Wolfgang Schäuble fühlt sich an der Nordsee heimisch, weil er mit Ebbe auch beruflich viel zu tun hat. Ruhe und Müßiggang suchen die Koalitionäre in der Heimat.

Aber es gibt auch Menschen aus der Hauptstadt, die sich gern in der Ferne tummeln; jwd, janz weit draußen, wie der Berliner sagt. Janz freiwillig. Und sogar janz lange. Referentenposten an einer der 150 deutschen Botschaften im Ausland beispielsweise erfreuen sich immenser Beliebtheit.

Dutzende Attachés entsendet das Auswärtige Amt nämlich auf Vorschlag anderer Ministerien. Die Wunschliste für die 66 Verteidigungsreferenten etwa stammt aus dem Gutenberg-Haus. Das Arbeitsministerium wiederum

hat alle 20 Sozialexperten ins Rennen geschickt – und fast immer stammen sie aus dem Gewerkschaftslager.

Für diese Tradition gibt es kein Gesetz. Sie geht zurück auf eine Absprache zwischen Konrad Adenauer, dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik, und DGB-Gründer Hans Böckler. Sie wollten der Welt mit der Entsendung von Exil-Gewerkschaftern ins Ausland beweisen, dass die junge Republik den Nationalsozialismus überwunden hatte.

Die Vereinbarung ist geblieben, unabhängig davon, welche Partei gerade regiert. Im Frühjahr erst schickte das CDU-geführte Arbeitsministerium den früheren IG-Metall-Sprecher Claus Eilrich als „Counsellor Labour, Health and Social Affairs“ zur Botschaft in Tokio. Fast zeitgleich wechselte Marion Knappe aus der DGB-Zentrale auf den Posten in Washington.

Viele dieser Auslandsjobs erweisen sich als Karriere-Sprungbrett. Günther Horzetzky etwa, frisch gekürter Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium und enger Vertrauter von DGB-Chef Michael Sommer, wechselte nach seiner Rückkehr aus Washington 2002 als Abteilungsleiter ins Bundeskanzleramt. Ingrid Sehrbrock stieg nach ihrer Rückkehr als Sozialreferentin an der Prager Botschaft im DGB zur Vize-Chefin auf.

Auch die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände wird stets über die Ausschreibungen informiert. Allerdings kann sich dort niemand erinnern, dass das Sozialministerium je einen Kandidaten aus dem Wirtschafts-lager akzeptiert hätte.

Ihre Meinung? wiwo.de/berlin-intern

Brot für London

Backwerk » Der Discounter verstärkt seine Expansion im Ausland. In Deutschland plant er mehr Cafés.

Fast 50 neue Filialen hat der Bäckerei-Discounter Backwerk im vergangenen Jahr in Deutschland eröffnet, in diesem Jahr will er die Zahl seiner Franchise-Läden von 270 auf mehr als 300 erhöhen. Mit einem Umsatz von rund 135 Millionen Euro zählt das Unternehmen längst zu den Top Five der Filialbäckereien und ist Marktführer bei den Selbstbedienungsbrotgeschäften. Nun forciert der Geschäftsführer und ehemalige Roland-Berger-Berater Dirk Schneider die Auslandsexpansion. 2011 will er gleich in drei europäischen Ländern an den Start gehen. 2010 stehen noch Eröffnungen in Schaffhausen und in London bevor. Anfang Juli eröffnete Backwerk die erste

Filiale im rumänischen Bukarest. In Österreich und den Niederlanden betreibt Backwerk insgesamt schon 17 Filialen, zudem einen Shop im slowenischen Maribor.

Auch mit den Backwerk-Cafés will Schneider expandieren. Die Testfiliale in Essen entspräche den Erwartungen. „Wir haben täglich rund 2000 Gäste.“ Laut einer Studie des Konsumforschers GfK stieg die Markenbekanntheit von Backwerk in Deutschland von 17 auf 25 Prozent. Bundesweit liegt damit nur noch Kamps vor Backwerk.

mario.brueck@wiwo.de

Bäckerei zur Selbstbedienung
Unter den deutschen Top Five



FOTOS: WERNER SCHÜRING FÜR WIRTSCHAFTSWOCHE, PICTURE-ALLIANCE/DPA, BERT BOSTELMANN FÜR WIRTSCHAFTSWOCHE

WirtschaftsWoche meistzitiert

Auch im ersten Halbjahr 2010 war die WirtschaftsWoche das meistzitierte deutsche Wirtschaftsmagazin. 221 Mal griffen die wichtigsten deutschen Medien Meldungen der WirtschaftsWoche auf, 13 Mal häufiger als vor einem Jahr, so das Forschungsinstitut Media Tenor. Das „Manager Magazin“ kam auf 56 Zitate, „Capital“ auf 42.

Führungskräftiger durch Kooperation

Der Bundesverband deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb) steigt als neuntes Mitglied beim Deutschen Führungskräfteverband ULA ein. Das Ökonomen-Netzwerk aus 12 000 Wirtschaftswissenschaftlern sowie Unternehmen, Hochschulen und Instituten verspricht sich von der Kooperation mehr politischen Einfluss.



»Nicht zuklappen«

Henning Kagermann » Der Chef des Förderkreises Elektromobilität über Staatshilfen, Batterieprobleme und seine eigene Zukunft.

Herr Kagermann, wer brauchte den jüngsten Elektro-Gipfel dringender, die Bundesregierung oder die Autokonzerne?

Wir sprechen hier über ein Thema, das neben der Mobilität von morgen auch die Energieversorgung betrifft. Wir sprechen über einen neuen, großen Markt, bei dem wir allerdings auch in starkem Wettbewerb zu anderen Nationen stehen. Elektromobilität ist deshalb weder reine Industrieraufgabe noch kann diese Herausforderung von der Politik bewältigt werden.

Warum erlebt die konzertierte Industriepolitik jetzt eine Renaissance? Innovation ist doch kein Staatsauftrag.

Staatsauftrag vielleicht nicht, das sollte ein Anliegen der gesamten Gesellschaft sein. Ich habe noch zu SAP-Zeiten nach Diskussionen mit französischen Kollegen gelernt, dass koordinierte Industriepolitik in einem marktwirtschaftlichen Rahmen manchmal notwen-

dig ist, um die wirklich großen Projekte zu stemmen.

Die Regierung betont das Ziel „Leitmarkt Elektromobilität“, Sie sprechen vom „Leitanbieter“. Warum?

Ich sehe das nicht als Gegensatz: Um Leitanbieter zu sein, muss man auch Leitmarktkompetenzen zeigen. Die Kunden fragen: Wie sieht es bei dir im Land aus? Beim Leitmarkt haben Nationen mit größeren Heimatmärkten wie China ein gewichtiges Wort mitzureden. Was ist am Ende also entscheidender? Dass eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen fahren oder nicht doch lieber zehn Millionen deutsche E-Autos weltweit?

Wo liegen die größten Hürden?

Das Batterieproblem muss gelöst werden. Entscheidend sind sinkende Kosten, um den Massenmarkt zu erreichen. Wenn wir vor dem Durchbruch zum Massenmarkt stehen, gilt es, auch neue intelli-

Kagermann, 63, ist seit Mai Vorsitzender der Nationalen Plattform Elektromobilität. Zudem ist der ehemalige SAP-Vorstand seit Juni 2009 Präsident der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften.

gente Lösungen für das Laden bereitzustellen.

Im Sommer sollte es Empfehlungen zur Forschungsförderung geben.

Geben Sie uns mit der Plattform etwas Zeit, dann werden Sie mit harten Zahlen und Fristen Ende November belohnt.

Das bisherige Programm der Bundesregierung war noch nicht konsistent?

Bislang gab es nur einen Nationalen Entwicklungsplan. Eine der Aufgaben der Plattform ist es, diesen Plan jetzt zu konkretisieren.

Kommt eine Prämie für Käufer von Elektroautos?

Die steht derzeit überhaupt nicht zur Debatte. Wir brauchen Instrumente, die die schrittweise Durchdringung des Fahrzeugangebots sinnvoll begleiten. Prämien sind eventuell etwas für den Durchbruch zum Massenmarkt. Allerdings gilt auch: Wir müssen aufpassen, dass es nicht durch Prämien anderorts zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Wie lange leiten Sie die Plattform Elektromobilität?

Die Plattform hat zunächst einen Auftrag für ein Jahr. Aber wir sollten ernsthaft prüfen, ob wir sie nicht länger nutzen können, natürlich in veränderter Form. Die Gipfel-Ziele sollten in jedem Fall regelmäßig überprüft werden. Man kann nach zwölf Monaten nicht einfach das Buch zuklappen.

Und Sie wären weiter dabei?

Ich habe es mit meinen Aufgaben bislang immer so gehalten: Ich dränge mich nicht auf, und ich stehe mich nicht davon. max.haerder@wiwo.de | Berlin

Bis es wehtut

Öl » Experten erwarten schon für 2013 einen dramatischen Engpass. Und einen Preis von 200 Dollar.

Europäische Unternehmen unterschätzen die Folgen der sinkenden Ölreserven. Zu dem Ergebnis kommt die britische Denkfabrik Chatham House in einer Studie für eine der angesehensten Institutionen der Londoner City, den Versicherungsmarkt Lloyd's. Laut der Untersuchung muss sich die Wirtschaft schon in den nächsten Jahren auf drastische Engpässe bei der Ölversorgung einstellen. Global aufgestellte Unternehmen müssen ihre Lieferketten sowie Just-in-time-Modelle überdenken. Sie seien besonders störanfällig für plötzlich steigende Rohstoffpreise. Und die wird Europa laut der Chatham-House-Experten bald erleben: Schon 2013 sei ein Ölpreis von 200 Dollar pro Barrel realistisch. Denn nicht nur die Ölreserven sinken, auch Investitionsstaus in der Öl-Infrastruktur verkleinern das Angebot.

Experten wie Werner Zittel von der Technologieberatung Ludwig-Bölkow-Systemtechnik halten solche Schätzungen sogar für konservativ: „Wir haben 2008 das globale Fördermaximum erreicht.“ Heute wird der Ölpreis mit 75 Dollar pro Barrel als moderat empfunden, noch im Jahr 2005 wäre dieser Preis undenkbar gewesen. Nun kommt weltweit die Wirtschaft in Gang, was die Ölpreise treibt. „Der Ölpreis wird in den nächsten Jahren so stark steigen, bis er uns wehtut“, sagt Zittel. „Die ersten Vorläufer dieser Entwicklung könnten wir im Herbst sehen.“

sebastian.matthes@wiwo.de